

Jobst-Hinrich Wiskow

Die Entfaltung der Marktwirtschaft: Tradition, Kapitalismus und Demokratie

Simbabwe vom 4. 9. bis 6. 12. 1997,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Zur Person	276
Ein roter Stern wird weiß	276
Im Akkord für Aston Villa	278
Hoffnung von der grünen Insel	280
Spaß haben, Geld machen	282
Die Welt ist nicht nur schwarz-weiß	284
Verändern, was zu verändern ist	286
Danke	289



Jobst-Hinrich Wiskow, geboren 1968 in Lüneburg, wollte Journalist werden, seit ihm seine Schwestern mit vier Jahren das Schreiben beibrachten. Seine Artikel erschienen zunächst in der Familienzeitung und in der Schülerzeitung, später unter anderem in Capital, Forbes, *Wirtschaftswoche* und Handelsblatt, der Süddeutschen Zeitung, der Basler Zeitung, der Berliner Zeitung, der Woche, der Weltwoche - und im *Zimbabwe Independent*. Wiskows Arbeiten waren auch in den Radioprogrammen von Westdeutschem Rundfunk, Deutschlandfunk und Deutscher Welle zu hören, einige erschienen auf CD-ROM, so das erste inter-

aktive wirtschaftswissenschaftliche Lernprogramm. Er arbeitete jahrelang als freier Journalist für Zeitungen, Zeitschriften und den Hörfunk, zuletzt als Moderator des Wirtschaftsmagazins Profit im Westdeutschen Rundfunk. Seit April 1998 ist er Redakteur beim „Tagesspiegel“ in Berlin. Wiskow besuchte die Kölner Journalistenschule und studierte in Köln und Dublin Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft. In seiner Diplomarbeit untersuchte er, wie Demokratie und Kapitalismus sich entwickeln - das theoretische Gerüst für seine Studien in Simbabwe.

*Chinokura choga isango
munda kukura huona tewe.
(Was von allein wächst, ist der Busch;
ein Feld wächst, wenn es seinen Meister sieht.)*

Sprichwort aus Simbabwe

Ein roter Stern wird weiß

Niemand kann bestreiten, daß in Simbabwes Flagge ein roter Stern zu sehen ist. Freilich wird jedermann hier bestreiten, der rote Stern habe irgend etwas mit Sozialismus zu tun.

Er hatte.

Aber diese Zeiten sind vorbei. Jetzt ist der Stern in der offiziellen Lesart ein Zeichen der Hoffnung. Auf den neuen Flaggen hat der Stern sogar nur noch einen dünnen roten Rand, und der Rest ist weiß.

Mehr Macht dem Markt - so lautet die neue Formel, die in den vormalig sozialistischen Staaten die Politik bestimmt. Kurios in Simbabwe indes ist, daß aller Veränderungen zum Trotz der Präsident noch derselbe ist: der inzwischen greise Robert Mugabe.

Der schwadronierte vor ein paar Jahren noch über die vermeintlichen Vorteile der Planwirtschaft. Jetzt liest sich das aktuelle Wirtschaftsprogramm Zimprest seines Finanzministers Herbert Murerwa wie ein Lehrbuch in freier Marktwirtschaft.

Zimprest ist eine Abkürzung. Die Leute in Simbabwe lieben Abkürzungen: Niemand spricht von Simbabwe, jeder redet nur von **Zim**. Seit kurzer Zeit ist Harare voll von Schildern, die den Weg zum Mars weisen - aber nein, MARS steht für Medical Aid Rescue Service.

Zimprest ist die Abkürzung für Zimbabwe Programme for Economic and Social Transformation. Ökonomen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds haben am Programm mitgeschrieben. Überall auf der Welt heißen diese Politik-Entwürfe ESAP - Economic Structural Adjustment Programme. Nur nicht in Simbabwe.

Denn hier verliehen die Menschen ESAP eine andere Bedeutung: Statt wirtschaftlicher Struktur Anpassung, so hieß es, verbirgten sich dahinter „Extra Suffering for African **People**“ oder „Extra Sadza for All **Politicians**“ - mehr Leid für die afrikanischen Menschen, mehr Maisbrei für die Politiker. Da entschloß sich die Regierung zum neuen Namen.

ESAP machte sich schnell unbeliebt: Als die Preiskontrollen wegfielen, verschwanden zwar die langen Warteschlangen. Aber die Preise stiegen. Viele Leute bekamen mit dem Programm nur zu tun, als sie plötzlich mehr Geld für Mehl und Seife ausgeben mußten.

Zumindest erzählt man das so. Viele klagen laut über die Nachteile der Wirtschaftsreformen, nehmen indes die Vorteile gerne hin. Zum Beispiel die Revolution im öffentlichen Personenverkehr.

Bis Juni 1994 gab es für den durchschnittlichen Bewohner Harares nur zwei Möglichkeiten, sich von einem Ort zum anderen zu bewegen: entweder zu Fuß oder mit den Bussen der Zimbabwe Urban Passenger Company (ZUPCO). Welches die schnellere Methode war, ist schwierig zu sagen.

ZUPCO jedenfalls war der einzige Anbieter - ein Monopolist. Das spürte man: an den Jahrzehnte alten Bussen und den Hunderten von Passagieren, die in langen Schlangen an den Haltestellen warteten.

Dann entschloß sich die Regierung, den Markt zu öffnen und Wettbewerb zuzulassen. Sie lizenzierte andere private Anbieter und gab es auf, den gerechten Fahrpreis zu diktieren: Seitdem fahren mehr Busse, die Schlangen der Wartenden sind kürzer, und manche Preise sind sogar gesunken.

Fast alle Preise waren vor dem Reformprogramm staatlich festgelegt. Danach hingegen gab es kein einziges Gut mehr, dessen Preis der Staat bestimmte. Trotz aller Herausforderung, so stellt Finanzminister Murerwa zufrieden fest, habe das Programm seinen wichtigsten Zweck erfüllt: „die Kommandowirtschaft in eine Marktwirtschaft zu verwandeln“.

Wie die blüht, ist überall zu sehen. Zum Beispiel auf der Mazowe Street - zu deutsch: Orangenstraße. Sie führt von der Innenstadt Richtung Norden, wo früher die großen Orangenplantagen waren. Heute wird sie ihrem Namen wieder gerecht: Am Straßenrand stehen schon am frühen Morgen Händler, alle paar Meter einer, und verkaufen Orangen.

Obst und Gemüse, frisches Gebäck, Zigaretten einzeln und wie überall auf der Welt Coca-Cola: Was die Männer und Frauen anbieten, macht eine Vielfalt aus, die viele in Simbabwe nicht gewohnt sind.

Eigentlich mochte der Staat das Treiben der Verkäufer nicht. Schließlich zählen sie zum informellen Sektor - zum Schwarzmarkt. Aber inzwischen duldet sogar die Polizei die Arbeit der Straßenhändler.

Denn die kleinen Unternehmen des informellen Sektors sind die Hoffnungsträger der simbabwischen Volkswirtschaft: Sie sollen die Arbeitslosigkeit - derzeit etwa 1,2 Millionen, Tendenz steigend - verkleinern.

Heute sind zwei von drei Arbeitslosen junge Leute zwischen 15 und 24. Jahr für Jahr verlassen rund 300 000 junge Leute die Schule. Aber nur ungefähr 70 000 erhalten einen Arbeitsplatz oder eine weiterführende Ausbildung. Die Prognosen für den formellen Sektor sind laut Zimprest ziemlich düster: Die Zahl der Arbeitsplätze wird sich lediglich um 12 000 jährlich erhöhen.

Schon arbeiten über eine Million Simbabweer in den kleinsten Betrieben des informellen Sektors. Sie verarbeiten Gräser, Zuckerrohr und Bambus, brauen Bier, nähen und stricken, verkaufen Nahrungsmittel und Kleidung. Weil das soziale Sicherheitsnetz fehlt, wäre der Wegfall des informellen Sektors grausam. Er entwickelte sich weitaus dynamischer als der formelle Sektor. Denn der hat laut Weltbank seit der Unabhängigkeit im Jahreschnitt nur um 2,5 Prozent zugelegt. Damit liegt die Rate noch unterhalb des Bevölkerungswachstums.

Immerhin stieg die Lebenserwartung im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit seit 1980 von 56 auf 64 Jahre. Mehr Kinder gehen zur Schule und bekommen genug zu essen, weniger Kinder sterben. Mehr Simbabweer können lesen und schreiben. Es geht ihnen besser als 1980, und es geht ihnen besser als den meisten Bewohnern Afrikas südlich der Sahara.

Im Akkord für Aston Villa

Daß Fußball der Nationalsport ist, merkt der Besucher allerorten: auch in der Fabrik von Bekleidungshersteller Paramount im Hararer Industrieviertel Workington. Da liefern sich die Arbeiter einen Wettkampf um die schnellste Fertigungslinie - unter dem Namen englischer Premier-League-Mannschaften. Heute liegt Southampton vorn, knapp vor Aston Villa.

Die bunten Farben der Stoffe und die laute Musik verleihen den Arbeitern an den vier Produktionslinien beinahe etwas Fröhliches. Die meisten der etwa 900 Beschäftigten bei Paramount arbeiten im Akkord, wie am Fließband.

Immer stehen ein paar Leute vor der Tür, die auf Jobsuche sind. Traditionell viel läuft über die Familie: Paramount hängt im Betrieb aus, welche Stellen frei sind, und Arbeiter sagen das ihren Verwandten, die vorbe-

kommen und sich vorstellen. Paramount stellt die Bewerber zwei Tage zur Probe ein und gibt ihnen dann einen Vertrag für acht Wochen.

Mit seinen **Acht-Wochen-Verträgen** ist Kuda seit drei Jahren in der Firma, inzwischen in der Verkaufsabteilung. Er telefoniert mit Kunden und sagt ihnen, wie teuer die Overalls, Uniformen und Jeans sind und was gerade nicht lieferbar ist. Kuda sitzt an einem Rechner, ganz Paramount ist vernetzt. Er stellt die Lieferungen für die Großkunden zusammen und bedient Kleinabnehmer direkt am Tresen.

Kuda verdient 288 Dollar (30 Mark) in der Woche, von denen er keinen Cent spart. 100 Dollar zahlt er für seine Unterkunft - ein kleines Zimmer. Viel Geld geht für den Transport drauf, denn eine Fahrt mit einem der privaten Minibusse kostet mindestens drei Dollar. Viele Leute gehen zu Fuß, Fahrräder sind Luxus. Im Hof von Paramount parken 19 Räder.

Das Geschäft von Paramount boomt. Denn das Unternehmen hat in den vergangenen Jahren seine Strategie völlig verändert. Anstatt sich mit dem heimischen Markt zufriedenzugeben, ging Paramount auf die internationalen Märkte.

Noch vor wenigen Jahren litt die Firma unter einer vom Wetter bestimmten Konjunktur. In Dürrejahre brach die Nachfrage ein: Bauern bestellten weniger Kleidung, deren Zulieferer ebenfalls. Jetzt ist die Hälfte der Produktion für Abnehmer im Ausland bestimmt, der größte Teil landet in Deutschland. Man kann sich **Paramount-Overalls** im Quelle-Katalog ansehen. Sächsische Bauarbeiter brauchen Kleidung, auch wenn in Simbabwe der Regen auf sich warten läßt.

Aber nicht nur die Kunden sind inzwischen international - sondern auch die Lieferanten. „Wir können heute auf der ganzen Welt einkaufen“, sagt Sam Esat, der Group Financial Manager. „Die Qualität ist viel besser als früher. Die simbabwische Baumwolle war nach 1 000 Waschgängen hin“, erinnert sich Esat. „Die zugesicherte Qualität stimmte nicht, deshalb bestellen wir keine heimische Baumwolle mehr.“

Früher kaufte Paramount simbabwische Baumwolle für 4,5 Millionen Dollar im Monat. Heute kommen die Stoffe aus Indonesien und Mauritius. Die Reißverschlüsse stammen aus Taiwan und China, die Maschinen von Schäffer und Dürrkopf aus Deutschland.

Die Globalisierung hat auch Simbabwe erreicht. Mancher Anbieter klagt darüber - zum Beispiel die Baumwollproduzenten. Wettbewerb ist eben unbequem. Das spüren auch die Goldminen.

„Die Hälfte der Goldminen muß geschlossen werden“, sagt Derek Bain, Vorsitzender des Vorstands der Chamber of Mines. Rio Tinto of Zimbabwe hat bereits die Mine Brompton geschlossen. Derzeit ist fraglich, wie sicher der 1862 entdeckte Reichtum des rund 500 Kilometer langen Großen Deichs ist - und wie lange es sich noch lohnt, Gold aus Simbabwe abzubauen. „Die Regierung muß die Preise stützen“, fordert Bain. Die Branche, die jahrzehntelang glänzend verdient hat, ruft nach staatlichem Schutz vor der globalen Konkurrenz.

Offene Grenzen bedrohen die Industrie der Vergangenheit. Doch zugleich bieten sie neue Chancen - siehe *Paramount*. Sie werden die Ausfuhren um zehn Prozent und die Wirtschaftskraft - unterm Strich - um über sechs Prozent jährlich steigen lassen.

Hoffnung von der grünen Insel

Diesen Flug vergißt niemand schnell: Air Zimbabwe hat mal wieder das Fluggerät gewechselt. Von wegen 90-Sitzer! Zu viert geht's heute nach Victoria Falls. Immerhin hat die Maschine zwei Motoren. Der Besucher sitzt neben dem Piloten, schließt auf Zuruf die Tür und hält die Landkarte - wenigstens in den Augenblicken, in denen er nicht gerade die braune Papiertüte benutzt.

Planmäßige Flugzeuge fallen aus, neue stehen unbenutzt im Hangar und verrostet, Passagiere klagen über fehlenden Service: Die staatliche Fluggesellschaft Air Zimbabwe gilt als Paradebeispiel für Mißmanagement.

Ein Ire soll jetzt alles verändern.

Im Mai 1997 holte die Regierung Brendon Donohoe nach Harare. Der neue Vorstandsvorsitzende von Air Zimbabwe kann seine Aufgabe in einem Satz zusammenfassen: „Ich soll die Staatsabteilung in eine wirklich wirtschaftliche Unternehmung umwandeln.“

Leichter gesagt als getan: Air Zimbabwe ist nach Angaben des Zimbabwe Independent praktisch bankrott, so zitiert das Blatt aus einem internen Finanzbericht. Der Ruf ist ruiniert. Donohoe sagt: „Wir haben viele Probleme, wir sind unzuverlässig, mehr als 80 Prozent unserer Flüge haben mehr als 15 Minuten Verspätung, ein Grund für die Unzuverlässigkeit ist unsere alte Software und unsere 20 Jahre alten Maschinen, alles läuft mit der Hand ab, weil wir mehr Zeit brauchen, das kaputte System zu reparieren als manuell zu arbeiten.“

Aber Donohoe hat schon einmal eine Art Wunder geschafft.

Er hat in drei Jahren *Kenya Airways* in eine profitable Fluggesellschaft verwandelt. Er hat *Kenia Airways* zumindest teilweise privatisiert. Die Aktien kann man sogar an der Börse in Nairobi kaufen und verkaufen. Und *Kenia Airways* zählt Umfragen zufolge zu den vier besten Fluggesellschaften in Afrika.

Der Ire von der Dubliner Spezial-Unternehmensberatung *Air Consult* hat nun den Auftrag, Air Zimbabwe zu revolutionieren. Die Privatisierung ist zwar noch in weiter Ferne. Aber Donohoe will das Unternehmen wenigstens auf den Weg dahin bringen.

Am Anfang steht die Mission, und die können die Passagiere an Bord lesen. „Wir wollen die Fluggesellschaft sein, die am besten die Bedürfnisse des Kunden erfüllt, wir wollen gewinnbringend fliegen, und wir wollen dazu beitragen, Simbabwe weiter zu entwickeln, indem wir die Fähigkeiten und das Talent der engagierten Mitarbeiter heranziehen.“ Im Original

besteht diese Botschaft aus 32 Wörtern, die wohl kein Leser beim ersten Mal kapiert kann.

Trotzdem enthält die Botschaft Donohoes Ziel: Gewinn erwirtschaften. Das hören manche der rund 1 600 Angestellten gar nicht gerne, denn das klingt nach Kosten senken - angeblich will der Ire die Hälfte der Belegschaft entlassen.

Vieles, was Air Zimbabwe heute macht, lohnt sich nicht. Nur eine einzige inländische Strecke fliegt nach internen Angaben schwarze Zahlen ein: die von Harare nach Bulawayo und zurück. Alle anderen rentieren sich nicht - selbst die für ausländische Touristen nicht, die von der Hauptstadt zu den Attraktionen Victoria Falls, Hwange National Park und Kariba im Westen fliegen.

Rechnen muß sein, wenn Air Zimbabwe irgendwann einen Käufer finden soll. Am liebsten wäre Donohoe ein internationaler Partner, von dem die simbabwische Linie sich einiges abgucken könnte. Außerdem erleichterte er den Zugang zu neuer Technik und den internationalen Märkten.

Kenia Mafukibze, der Präsident der Zimbabwe Economics Society, befürwortet eine möglichst flotte Privatisierung: Die Geschichte von Air Zimbabwe sei eine Geschichte voller Verluste, jetzt müsse etwas getan werden. „Wir können gar nichts mehr falsch machen“, sagt der Ökonom, „denn alles bisher war falsch.“ Die Folgen der Globalisierung: „Die Weltmärkte warten nicht auf bürokratische Entscheidungen.“

Von der Strategie der Regierung, Air Zimbabwe mit Hilfe Donohoes erstmal profitabel zu machen und dann zu privatisieren, hält Mafukibze nichts. Mit dem richtigen Preis könne man schließlich auch ein verlustbringendes Staatsunternehmen losschlagen.

Davon gibt es in Simbabwe reichlich. Die Unternehmen in staatlicher Hand machen knapp sieben Milliarden Dollar Miese pro Jahr. Am meisten zahlt der Steuerzahler bei der Eisenbahn, dem Eisen- und Stahlproduzenten und Air Zimbabwe drauf. Dagegen erwirtschaften einst staatliche und inzwischen privatisierte Unternehmen Gewinn, so der Hersteller von Milchprodukten, Dairiboard Zimbabwe, und Baumwollproduzent Cotton Company of Zimbabwe.

Die Liste der privatisierten Unternehmen soll länger werden. Selbst die Zentralbank ließ aus ihrem gigantischen, elegant blau verglasten Palast verlauten, öffentliche Unternehmen arbeiteten ineffizient und uneffektiv, weil ihnen Management-Know-how und Kapital fehle und sie niemand richtig Rechenschaft ablegen müßten. All das würde sich schnell ändern, wenn Aktionäre den Staat als Eigentümer ablösen.

Das könnten nach den Vorstellungen des unabhängigen Ökonomen John Robertson durchaus Ausländer sein. Der Mann, den viele für den idealen Finanzminister halten, würde es Nicht-Simbabwern sofort erleichtern, in seiner Heimat zu investieren. „Wir brauchen Immigranten mit Talent und Geld.“ Wem was gehört, sei unwichtig: „Das ist eine uninteressante Frage“, sagt Robertson, „solange es da überhaupt noch etwas im Lande gibt, das arbeitet.“

Spaß haben, Geld machen

18 Leute sitzen im Kreis und essen Schokoladenkuchen. Einer der anwesenden feiert Geburtstag und hat die Runde eingeladen. Sieht aus wie ein Kaffeekränzchen, ist es aber nicht. „Fangen wir an“, sagt Tirivai Nhundu. Die Börsensitzung hat begonnen.

Nhundu moderiert die Geschäfte der Broker. Er sitzt am Kopf der U-förmig angeordneten Tische, und 17 Augenpaare blicken zwei Dreiviertelstunden täglich auf ihn, wenn er die Namen der Aktiengesellschaften aufruft. Dann guckt der Angestellte der Zimbabwe Stock Exchange in die Runde und wartet darauf, daß einer der Händler sagt, er wolle Aktien kaufen oder verkaufen.

„Ich verkaufe zu 140“, sagt einer der Broker.

„Wo ist der Käufer?“ fragt Nhundu.

„Ich kaufe zu 110“, sagt ein anderer.

„Gut, 110 ist vernünftig“, sagt der erste. Das Geschäft ist zustande gekommen, und der neue Kurs des Papiers ist 110. Ein Börsenangestellter schreibt den Kurs mit Filzschreiber auf eine große Plastiktafel.

Zwischendurch wird Nhundu ungeduldig. „Wo sind die Käufer?“ ruft er mehrmals in die Runde, als die Broker ihm nicht schnell genug auf ein Verkaufsangebot antworten. „Kommt, wo seid Ihr?“ Der Handel läuft noch ganz ohne Computer ab, die Broker halten ihre Geschäfte auf einem Quittungsblock mit Kohlepapier fest.

58 Industrie- und neun **Minen-Aktien** werden gehandelt. Der Marktwert der Unternehmen - über 60 Milliarden Dollar - macht Harare zur dritt-wichtigsten in Afrika: Nur Johannesburg und Casablanca sind bedeutender. Harares Börse, untergebracht im siebten Stock des Southampton Buildings in der Union Avenue, inmitten der Innenstadt, bietet nicht nur Marktwirtschaft zum Anfassen.

„Ausländer können in Simbabwe am einfachsten über die Börse investieren“, sagt **Stuart Mattinson**, Vice **Chairman** der Börse. Simbabwe ist eines der wenigen armen Länder, in denen der Finanzsektor funktioniert und in denen eine Börse zuverlässig arbeitet. Derzeit halten **Nicht-Simbabwer** Aktien im Wert von gut eineinhalb Milliarden Dollar, und es sollen noch mehr werden. Mattinson: „Was am knappsten ist, sind die Aktien - unser Land braucht weitaus mehr Kapital, als wir derzeit haben.“

Die Anlage in Aktien ist überaus lukrativ. Hätte man vor zehn Jahren für eine Million Dollar Waren gekauft, so wären die heute sieben Millionen Dollar wert - Folge der hohen Inflation. Mit Staatsanleihen freilich hätte man es nur zu vier Millionen Dollar gebracht, tatsächlich also drei Millionen Dollar Miese gemacht. Aber mit Aktien hätte man gutes Geld verdient: Die nämlich wären nun 29 Millionen Dollar wert.

Doch nur 33 000 **Simbabwer** besitzen Aktien.

Über 12 Millionen **Simbabwer** besitzen keine Aktien.

Millionen von **Simbabwern** sparen überhaupt nichts: Sie leben in Armut.

Noch vor wenigen Jahren hätte man gesagt, dieser Gegensatz zwischen Aktienspekulanten und Armen sei ungerecht. Heute gehört nur wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie Investoren dringend benötigtes Kapital ins Land bringen. Ob die Armen davon profitieren, hängt nicht von den Investoren ab, sondern von denen, die in Simbabwe das Sagen haben.

Die Börse kam vor 100 Jahren mit den britischen Kolonialisten ins Land. Aber kapitalistische Prinzipien haben Historiker im südlichen Afrika schon für viel frühere Zeiten ausgemacht.

Menschen arbeiteten in ihrem Umfeld zusammen, sogar über Dorfgrenzen hinweg. Das ermöglichte schon vor über 1 000 Jahren Spezialisierung - zum Beispiel so, daß Experten das Eisen für Speere abbauten und am **Save-Fluß** Salz gewannen.

„Die Kolonialisten brauchten den Kapitalismus nicht nach Afrika zu bringen, er war schon da“, sagt Sabine Fiedler-Conradi. Die in Harare lebende Soziologin schrieb ihre Promotionsarbeit über das Wirtschaften im kolonialen Simbabwe - und die Zeit davor. „Der Kolonialismus unterdrückte die kapitalistischen Verhaltensweisen sogar“, hat Fiedler-Conradi festgestellt. Folglich ist Kapitalismus kein westlicher Lebensstil, den die Europäer während ihrer Eroberungszüge den Afrikanern aufzwingen.

Das erste, was **Nigel** Chanakira seinem Zuhörer sagt, ist sein Lebensmotto: „Ich verehere Gott, ich will Spaß haben, ich will Geld machen.“

Der Managing Director der Brokerfirma Kingdom Securities gehört zur jungen Generation Simbawwes: Er hat keine Angst vor Egoismus, sondern begreift Egoismus als Chance für die Gemeinschaft.

Das formuliert er indes vorsichtig. Da lobt Chanakira erstmal minutenlang Mugabe und seine Politik der nationalen Einigung, ehe er die entscheidende Frage stellt: „Was passiert, wenn Mugabe mal nicht mehr ist?“ Die Antwort: „Dieses Land droht vor die Hunde zu gehen! Mugabe hat seine Aufgabe hervorragend erfüllt, aber nichts ist so sicher wie der Tod. Und was passiert dann? Wird Simbabwe aufgeteilt in vier oder mehr Nationen? Kommt ein Diktator?“

So läßt Chanakira die rund 100 Besucher einer Konferenz über die Wertpapierbörse im modernen Kongreß-Zentrum Harares zehn Kandidaten aufstellen und anschließend darüber abstimmen, wer der richtige Präsident nach Mugabe wäre. Die Kandidaten sind Banker, Geschäftsleute, Wissenschaftler und Journalisten - allesamt bekannte Kritiker des Kurses, den Mugabe steuert.

Broker Chanakira beteuert: „Es ist nichts gegen unsere Regierung, denn es ist unsere Zukunft.“ Gänzlich ausgeschlossen, daß die Regierung gegen etwas sein könnte, was für die Zukunft Simbawwes wichtig ist.

Die unverdächtige Konferenz entwickelt sich ganz nebenbei zum Forum für Oppositionelle. „Politische und wirtschaftliche Entwicklung gehen zusammen“, verkündet Chanakira, der reich werden will. Die Zeit der großen Regierung sei vorüber. „Der afrikanische Regierungsstil ist unzeitgemäß fürs **21. Jahrhundert.**“

Fraglich, ob Robert Mugabe da seinem Landsmann Chanakira zustimmen würde. Der 73jährige Präsident hält sich noch immer für frisch - kürzlich heiratete er die 40 Jahre jüngere Grace Marufu. Und er liebt den afrikanischen Regierungsstil.

Er mag es, eskortiert von einem Dutzend hupender und sirenenkrachender schwarzer Limousinen in seinem Luxuswagen durch Harare kutschiert zu werden. Er nennt sich und den südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela in einem Atemzug, wenn er sagt, die Menschen betrachteten sie - ganz Staatsmann spricht er zuweilen von sich selbst in der dritten Person - als ihre Befreier, als „Führer aus der Wüste“. Mugabe über sich und Mandela: „Die Geschichte verleiht diesen Gestalten ein fast biblisches Format.“

Seine Idee von sich und seinen Untertanen bringt er auf die Formel: „Eine Nation, ein Staat, eine Partei, ein Führer.“ Keine Frage, daß diese Formel in Südafrika nicht gilt. Der große Nachbar ist inzwischen seit Jahren demokratisch. Südafrikaner genießen mehr Freiheiten als ihre nördlichen Anrainer - und größeren Wohlstand.

Die Welt ist nicht nur schwarz-weiß

Andere Ansichten haben keinen Platz im Simbabwe Mugabes. Wer eine andere Geschichte Simbawbes schreiben will, macht sich verdächtig - zum Beispiel die Gewerkschaften.

Die beginnen schüchtern damit, zu Papier zu bringen, wie die Arbeiterbewegung Rechte und Freiheit erkämpft hat. Brian Raftopoulos, Professor am Institut für Entwicklungsstudien an der Universität von Simbabwe und Herausgeber eines Buches über die Arbeiterbewegung, stellt fest: „Die Rolle der Arbeiterbewegung wurde immer nur am Rande erwähnt, denn wichtig waren in Simbabwe immer nur die Freiheitskämpfer.“

Wenn man die nicht ausführlich gutheiße, laute der Vorwurf schnell, man sei wohl antinational. Dabei hätten, so Raftopoulos, viele Arbeiter in der Arbeiterbewegung die Politik erlernt - auch spätere Freiheitskämpfer. Ganz schön gewagt, in Simbabwe offen auszusprechen, daß es überhaupt noch etwas anderes gegeben habe als den Freiheitskampf.

Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbands Zimbabwe Congress of Trade Unions, Morgan Tsvangirayi, attackiert auf der Veranstaltung, auf der Raftopoulos sein Buch vorstellt, die Regierung. Tsvangirayi: „Der Kampf der Arbeiter hat mit der Unabhängigkeit nicht aufgehört.“

Kein Wunder, daß Präsident Mugabe die Gewerkschaften nun als Oppositionspartei bezeichnet. Der Gewerkschaftsverband nimmt den Machtkampf auf. Tsvangirayi erinnert an den ersten landesweiten Streik 1948 - und hält den 50. Jahrestag für den geeigneten Zeitpunkt der Wiederholung. Der charismatische Generalsekretär ist da, wenn Bürgerrechtler sich treffen. So auch, als Bürgerrechtler und Kirchengruppen zum öffentlichen Treffen in die Kathedrale von Harare einladen.

Die geplante Änderung des Notstandsgesetzes steht auf dem Programm. Die Regierung will die koloniale Regelung, die noch gilt, endlich abschaffen. Aber das neue Gesetz soll noch schärfer werden.

„Wir brauchen eine neue Regelung“, sagt Tsvangirayi. Aber das sei eine, die die Macht der Regierung einschränke, in die Freiheit einzugreifen. „Freiheit und Demokratie sind zwei Seiten ein- und derselben Münze.“

Wobei umstritten ist, ob das Land tatsächlich die Demokratie ist, für die es sich hält. Der Politikwissenschaftler John Makumbe von der Universität von Simbabwe bezeichnet die Verfassung seines Heimatlands als die „am wenigsten demokratische“, die er kenne. Das sozialistische Simbabwe habe immer wieder die Verfassung geändert, um die wirtschaftliche und politische Freiheit einzuschränken. Diese Änderungen seien nie wieder rückgängig gemacht worden.

Das Notstandsgesetz würde nun die Menschenrechte schmälern, die Demokratie weiter demontieren - und gutes Regieren unmöglich machen. Denn die Regierung wolle politische Treffen erschweren.

Jura-Professor Welshman Ncube stellt fest, daß das Gesetz kriminalisiere, was in demokratischen Staaten eine ganz normale Ausdrucksweise sei. Und der Richter Pearson Nherere gibt zu bedenken, Unruhen nach einem Fußballspiel seien wahrscheinlicher als nach einer politischen Versammlung.

In der Kathedrale hören sich über hundert Menschen die Kritik an der Regierung an, der Zimbabwe Independent druckt einen Bericht über die Veranstaltung. Es sind die wohlhabenderen und besser gebildeten Simbawer, die die Pläne der Regierung und die Reaktion der Kritiker mitbekommen. Das ist eine sehr kleine Minderheit aller Bewohner des Landes.

Aber es sind Leute, die niemand totschweigen kann.

Noch wichtiger ist indes: Es sind Menschen mit schwarzer und mit weißer Hautfarbe.

Das wiederum paßt kaum ins Weltbild des alternden Freiheitskämpfers Robert Mugabe. Der nämlich unterscheidet die Menschen gerne in Schwarze und Weiße.

Wer ihm nicht paßt, ist normalerweise ein Weißer. Da plappert er von der Wochenzeitung Zimbabwe Independent als Blatt der Weißen - dabei hätte ein Blick ins Impressum oder in die Redaktion genügt, das Gegenteil festzustellen. Das einfache Schema: Wer kritisch ist, ist gegen Mugabe. Wer gegen Mugabe ist, ist gegen die simbabwische Nation. Wer gegen die ist, ist gegen die Schwarzen - und muß folglich ein Weißer sein.

Inzwischen leben nur noch weniger als 100 000 Weiße in Simbabwe - ihr Anteil an der Bevölkerung ist auf unter ein Prozent gesunken. Anfang der 60er Jahre lebten im damaligen Süd-Rhodesien noch über 220 000 Weiße, das entsprach etwa fünf Prozent.

In der Landfrage ist Rassismus pur regelmäßig zu hören. Weiße Bauern besäßen das Land, schwarze dagegen nichts. Das müsse geändert werden, denn die Weißen hätten sich das Land widerrechtlich angeeignet und nicht von den Schwarzen gekauft. Mugabe fordert: „Wir wollen es zurück-

haben." Schon in der Bibel stehe: „Die Sünden eurer Väter kommen über euch, denn ihr habt die Vorteile aus dem Unrecht geerbt." Mugabe: „Es ist eine Frage von Leben und Tod."

Wenn es um das fruchtbare Land geht, wird in Simbabwe viel geredet - und wenig getan.

„Die Landumverteilung ist auf einem enttäuschenden Stand stecken geblieben", sagt Emmerson Zhou, Deputy Director des Kleinbauernverbands Zimbabwe Farmers Union. „Seit Mitte der 80er Jahre passiert nichts mehr."

Der Kleinbauernverband will das verändern. „Die Verteilung vor der Unabhängigkeit war ungerecht, daran gibt es keinen Zweifel", sagt Zhou - und folgert, deshalb sei es rechtmäßig, daß die Regierung das Land nun umverteile. Es wäre sogar gerecht, Land umzuverteilen, ohne die derzeitigen Besitzer zu kompensieren. Schließlich sei es ein Problem für den Staat, das Geld für die Kompensation zu finden.

„Wenn die Simbabweer selber entscheiden dürften, würden sie sich das Land sofort nehmen und umverteilen", ist sich Zhou sicher. Aber sie dürfen nicht entscheiden. Zu abhängig sei das Land von ausländischen Investoren und den multinationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds. „Wir würden wünschen, die Landfrage wäre ein rein innenpolitisches Problem - dann nämlich wäre sie einfach zu lösen."

Verändern, was zu verändern ist

Der Campus der Universität von Simbabwe in Mount Pleasant im Norden Harares ist großzügig angelegt: Breite Alleen durchziehen weiträumige Rasen- und Wiesenflächen, Backsteingebäude im britischen Stil säumen den Wegesrand.

Doch die Idylle trügt.

Auf der Straße liegen Pflastersteine und demolierte Verkehrsschilder herum, niemand ist unterwegs. Gerade erst beendeten Gummiknüppel und Tränengassalven der Polizei eine Demonstration auf dem Hochschulgelände.

Etwa 2 000 Studenten verlangten, daß der Staat endlich die überfälligen Stipendien bezahle. Die Aktionen der Studenten sind berüchtigt: Taxifahrer trauten sich nicht, auf den Campus zu fahren. Angestellte der Universität liefen weg vom Arbeitsplatz.

Nicht jedoch John Makumbe. Der Politikwissenschaftler hat sich an unruhige Zeiten gewöhnt: Er ist einer der prominentesten Regierungskritiker in Simbabwe.

Makumbe fällt auf. Er leidet unter Albinismus, was das bequeme Kategoriensystem eines in Simbabwe lebenden Menschen, seine Mitmenschen in Weiße und Schwarze zu unterscheiden, verwirrt. Er kann so reden, daß man gerne und gespannt zuhört. Und er redet.

„Die demonstrierenden Studenten sind in unserem Land eine kleine Elite, die es sich leisten kann, sich zu beklagen“, sagt Makumbe. „Die meisten Menschen hier sind arm und verzweifelt, die haben zu tun, können sich nicht wehren und demonstrieren.“

Deshalb könne die Regierung sich fast alles erlauben - und das tue sie auch. „Die Korruption ist so groß wie nie zuvor“, behauptet Makumbe, der **simbabwischer** Vorstand der weltweiten **Anti-Korruptions-Organisation Transparency International** ist.

Erstmals publik wurde simbabwische Korruption vor zehn Jahren. Minister, Staatssekretäre und andere hohe Beamte ergatterten dank ihres Einflusses rare Autos und verkauften sie am nächsten Tag zum dreifachen Preis. Als die Geschichte herauskam, traten einige Minister zurück, einer brachte sich um.

Seitdem plünderten hohe Politiker den Hausbau-Fonds, der für Beamte gedacht war, vergaben Aufträge für Großprojekte wie die Wasserversorgung ganzer Regionen und das Mobiltelefonnetz, ohne sie unter Wettbewerbern auszuschreiben, kassierten Beamte und Offiziere neben ihrem Gehalt Rente für ihre angebliche Krankheit - für Schwerbehinderung in Höhe von bis zu 103 Prozent.

Makumbe schlägt eine unabhängige Kommission vor, die die Korruption kontrollieren soll - nach Vorbildern in Botswana und Malawi. Die öffentlichen Berichte und rufen das Höchste Gericht an, ohne daß sich jemand einmischte. Dagegen leitet die **Anti-Korruptions-Einheit** der simbabwischen Polizei die aufgedeckten Fälle an den Generalstaatsanwalt weiter, der - so Makumbe - nichts unternehme. Kein Wunder: Er ist Parlamentsabgeordneter der Regierungspartei.

Der Kuchen in Simbabwe werde immer kleiner, schimpft Makumbe. Bald sei allem Reichtum zum Trotz - beispielsweise ist Simbabwe der größte Tabakexporteur der Welt - nichts mehr im Land. Parlamentarier hätten Bankkonten in Südafrika und in der Schweiz. Dahin fließe das Geld, das Simbabwe für die Entwicklung dringend nötig habe.

„Simbabwe steht vor dem Kollaps“, sagt Makumbe. Während in den Krankenhäusern Ausrüstung und Arzneimittel fehlen, droht das Erziehungssystem zusammenzubrechen. Die Schulen befänden sich in kaputten Gebäuden, Bücher gebe es nicht. Die Beschäftigten der Hochschulen gehen lieber nach Botswana, Lesotho und Südafrika, wo sie besser forschen können und mehr verdienen.

Schuld an der Misere sei der Mann, der das Land seit beinahe zwei Jahrzehnten regiert: Robert Mugabe bereichere sich auf Kosten Simbabwes, sagt Makumbe. Wobei der geschickte Taktierer nicht nur selber kassiert, sondern auch gerne gibt - zumindest denen, die seine Macht garantieren.

„Es geht ihm darum, politisch zu überleben“, sagt John Makumbe. Deshalb zahle die Regierung nun viel Geld an die Lobby der sogenannten Kriegsveteranen. Jeder der vermeintlichen ehemaligen Freiheitskämpfer bekommt einmalig 50 000 Dollar und monatlich 2 000 Dollar. Der Grund:

Die Lobby ist einflußreich. Kriegt sie nicht, was sie will, so bedroht sie Mugabes Führungsrolle in seiner Partei.

Judith Todd, 13 Jahre lang Direktorin des Zimbabwe Project Trust für die Veteranen, hält die neuen Zahlungen für überflüssig. „Keine Gruppe hat seit der Unabhängigkeit mehr Gaben und Staatshilfen erhalten als die früheren Kämpfer“, sagt Todd. Die Veteranen hätten in den vergangenen Jahren schon genug bekommen. Sie erinnert an Programme, die die Kriegsteilnehmer mit Bauernhöfen und Einkommen versorgten - mit Hilfe von Geber-Organisationen wie Brot für die Welt.

Das Geld für die möglicherweise 75 000 Veteranen summiert sich auf einmalig knapp vier Milliarden Dollar und dann ungefähr 150 Millionen Dollar monatlich. Um das Geschenk an die Lobbyisten zu bezahlen, hat die Regierung im Handstreich die Mehrwertsteuer von 15 auf 17,5 Prozent erhöht. Außerdem wird sie wieder mehr Schulden machen. Das Budgetdefizit dürfte sich auf einen Schlag verdoppeln - der Sparkurs, aufgrund dessen die Regierung sogar das Schulgeld wieder eingeführt hatte, würde gestoppt.

„Mugabe hat sich an der Macht gehalten durch ein System politischer Patronage“, sagt Makumbe - „auf Kosten der Staatskasse.“ Deshalb müsse eine Verfassungsreform her. Politiker müßten sich endlich verantworten. „Liberalisierung ohne politische Rechenschaft hat keinen Sinn.“ Denn sonst nutzten die Mächtigen die neue Freiheit als erste aus, um in die eigene Tasche zu wirtschaften.

„Die Liberalisierung braucht eine breite Grundlage“, sagt Makumbes Kollege Lloyd M. Sachikonye, ein Politikwissenschaftler am Institut für Entwicklungsstudien an der Universität. Andernfalls, so Sachikonye, sorgten die wenigen mächtigen organisierten Interessen für Druck und Probleme - zum Beispiel die Kriegsveteranen-Lobby. Um die Interessen auszugleichen, brauche das Land Meinungsvielfalt. Noch seien die Medien fast ein Monopol der Regierung, die Rundfunk und Tageszeitungen kontrolliert.

Immerhin sorgen drei unabhängige Wochenzeitungen, darunter der Zimbabwe Independent, die ausländische Presse und das Internet für Einsichten ohne Zensur - allerdings bloß für ein paar Leute. Eine Ausgabe des Zimbabwe Independent kostet zehn Dollar. Das amerikanische Nachrichtenmagazin Newsweek gibt es zwar an jedem Kiosk in Harare, aber es kostet 16 Dollar. Eine halbe Stunde Surfen im World Wide Web kostet im Internet-Cafe im Eastgate-Einkaufszentrum 50 Dollar.

Meinungsvielfalt und Freiheit, Kapitalismus und Demokratie - Simbabwe bewegt sich, wengleich langsam. „Wir beobachten einen Prozeß zu freieren Märkten“, sagt Moses Tekere, Volkswirt an der Universität von Simbabwe. Aber auf vielen Märkten sei der Staat immer noch ein mächtiger Spieler. „Es dauert lange, bis aus der Freiheit Demokratie erwächst.“

„Unser Land gilt auf der ganzen Welt als korruptes, skandalöses, eben afrikanisches Land“, sagt Ökonom John Robertson. Das müsse anders werden.

„Wir ändern nichts, wenn wir nur über all das klagen, was sich alles nicht ändern läßt: über El Nino und die weltweite Erwärmung und den fallenden Goldpreis.“ Robertson gibt die neue Devise aus: „Laßt uns die Dinge verändern, die wir verändern können.“

Danke

Ich danke der Heinz-Kühn-Stiftung, die mir das Stipendium für meinen dreimonatigen Aufenthalt in Simbabwe zur Verfügung gestellt hat; der Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Mitarbeiter in Harare mich auf vielfältige Weise unterstützt haben - auch durch manche Diskussion; und vielen Freunden in Simbabwe, die mir die Recherche auf unterschiedliche Art erleichtert haben.